

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag setzt eine Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“ ein.

I. Aufgaben

Die Enquete-Kommission setzt die Arbeiten der Kommission der 12. Legislaturperiode fort. Die Aufgaben sollen sich grundsätzlich an den Empfehlungen im Zwischenbericht – Drucksache 12/7876 – orientieren.

Folgende Themenschwerpunkte sollen behandelt werden:

1. Wandel familialer und außerfamilialer Strukturen, Aufbau von Hilfs- und Helferstrukturen,

insbesondere

- die finanzielle Situation von Familien und der Wandel der Familienstrukturen und -beziehungen über den Lebenslauf (Lebensphasen),
- die Tragfähigkeit und Belastbarkeit von Freundschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen im fortschreitenden Alter (unter Berücksichtigung der besonderen Situation ausländischer Familien und älter werdender Behinderter),
- Möglichkeiten und Grenzen zur Stärkung und Förderung außerfamilialer Netze und neuer gemeindenaher Hilfs- und Helferstrukturen.

2. Arbeitsmarktentwicklung und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft,

insbesondere

- die Konsequenzen einer steigenden Erwerbsbeteiligung auf die Arbeitsnachfrage unter Berücksichtigung der Kommerzialisierung bisheriger weitgehend unentgeltlicher Tätigkeiten,
- die Zusammenhänge zwischen einer älter werdenden Gesellschaft und ihrer Innovationsfähigkeit unter Berücksichtigung der Situation von Erwerbspersonen in der und Konsequenzen für die Weiterbildungspraxis in der zweiten Lebenshälfte,
- das Spannungsfeld zwischen den steigenden Arbeitslosenquoten und der Frühverrentung sowie nachberuflichen Tätigkeitsfeldern älterer Menschen.

3. Soziale Sicherungssysteme,

insbesondere

- konkrete institutionelle Maßnahmen in verschiedenen Bereichen der sozialen Sicherungssysteme sowie Möglichkeiten einer Angleichung von Leistungsstrukturen,
- Auswirkungen des demographischen Wandels auf die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme und Möglichkeiten der Abfederung von negativen Folgen.

4. Situation der älteren Ausländer,

insbesondere

- ihre Lebensbedingungen,
- ihre Zukunftsperspektiven

im Prozeß des demographischen Wandels.

5. Für alle Schwerpunktthemen gilt:

- Die Datenlage sollte auf einen Zeitraum über das Jahr 2030 hinaus ausgedehnt und mit berücksichtigt werden,
- die europäische Dimension sollte – wo immer möglich und sinnvoll – in den einzelnen Kapiteln mit eingebracht werden,
- regionale Aspekte (z. B. bezogen auf die neuen Bundesländer) sollten – wo möglich und sinnvoll – in den einzelnen Themenkreisen mit eingebracht werden.

II. Zusammensetzung

Der Enquete-Kommission gehören elf Abgeordnete der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen sowie elf Sachverständige an. Die Fraktion der CDU/CSU benennt fünf Abgeordnete und fünf Sachverständige, die Fraktion der SPD benennt vier Abgeordnete und vier Sachverständige, die Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der F.D.P. benennen je eine/n Abgeordnete/n und eine/n Sachverständige/n. Zusätzlich kann die Gruppe der PDS durch ein nicht stimmberechtigtes Mitglied und durch eine/n nicht stimmberechtigte/n Sachverständige/n mitwirken.

Für jedes Mitglied des Bundestages kann ein/e Stellvertreter/in benannt werden.

Bonn, den 30. Mai 1995

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Rudolf Scharping und Fraktion

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

